2001/84/EG über das Folgerecht, die der Idee folgt, den Urheber an jeder »wirtschaftlichen Beteiligung am Erlös aus jeder Weiterveräußerung des betreffenden Werkes« teilhaben zu lassen (Erwägungsgrund 1). Die Folgerechtsrichtlinie ist bis zum 1. Januar 2006 umzusetzen (Art. 12).

In allen Fällen, in denen die Gesetzgebungsorgane der Europäischen Union den Nationalstaaten Richtlinien vorgeben, wird stets die Frage nach den diesbezüglichen Kompetenznormen gestellt. Der Verfasser verweist zurecht darauf, dass Art. 95 EGV tragende Grundlage für die Richtlinie ist, die im Einklang mit den Prinzipien der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit gemeinschaftlichen Handelns steht (S. 84 f.).

Den größten Teil der in der UFITA-Schriftenreihe Band 208 erschienenen Arbeiten nimmt die kommentierende Darstellung der Richtlinie ein (S. 96 – 152). Hierin werden der Gegenstand des Folgerechts genauso erläutert wie die unter das Folgerecht fallenden Weiterveräußerungen und Kunstwerke. Ferner werden die Funktion des Mindestbetrages und seine Abwicklungsregelung, eingeschlossen die für alle Mitgliedstaaten gültigen Berechnungsgrundlagen geklärt. Anspruchsberechtigte, eingeschlossen solche aus Drittländern (Art. 6 und 7 FolgerechtsRL) haben innerhalb einer bestimmten Schutzdauer (Art. 8 FolgerechtsRL) auch Auskunftsbefugnisse (Art. 9 FolgerechtsRL). Zuletzt werden die Schlussbestimmungen der u. a. zeitlichen Anwendbarkeit dargelegt (Art. 10 bis 14 FolgerechtsRL).

Die Arbeit zeigt deutlich, dass die europäische Vereinheitlichung des Folgerechts im Wege der Setzung von sekundärem Gemeinschaftsrecht aus Binnenmarktgesichtspunkten geboten ist. Sie war im Lichte des EuGH-Phil-Collins-Urteils auch unerlässlich. Die nationalen Unterschiede gesetzgeberischer Art, in denen der Urheber an weiteren Erlösen seiner Werke beteiligt werden muss, zeigen überdies auf, dass dem Richtlinienziel das Subsidiaritätsprinzip nicht entgegen steht. Mit seiner Kommentierung hat *Schmidt-Werthern* überzeugend dazu beigetragen, diese Richtlinie transparenter und zugänglicher zu machen. Hierzu trägt auch der Anpassungsvorschlag zu § 26 des deutschen UrhG (Folgerecht) bei, der eine überzeugende Grundlage für eine entsprechende gesetzgeberische Umsetzung ist.

Rechtsanwalt Professor Dr. Norbert P. *Flechsig*, Stuttgart

Ali Yarayan: Der Schutz von Datenbanken im deutschen und türkischen Recht, UFITA-Schriftenreihe Band 229, Nomos, Baden-Baden 2005, 309 Seiten, ISBN 3-8329-1148-0, EUR 65,00/sFr 111,00

Nicht selten erfordert es enormen Aufwand an Mühen und Kosten, eine Datenbank herzustellen. Elektronische Datenbanken zu kopieren und sich so fremde Arbeitsergebnisse zunutze zu machen, ist dagegen ein Leichtes. Das Bedürfnis nach rechtlichem Schutz von Datenbanken ist unübersehbar. Nur begrenzt wirksam erweisen sich hier die herkömmlichen Schutzinstrumentarien des Urheber- und des Wettbewerbsrechts. Während das Schutzregime des Wettbewerbsrechts seinem Umfang nach als unzureichend empfunden wird, stellen sich die Schutzvoraussetzungen des Urheberrechts in den meisten Fällen als unüberwindbare Hürde für Datenbanken dar. So setzt urheberrechtlicher Werkschutz eine individuelle geistige Schöpfung des Urhebers voraus. Datenbanken belassen hierfür nur einen engen Spielraum, besteht doch die Hauptleistung des Datenbankherstellers in der Sammlung und Anordnung von Daten. Erfolgt nun diese Sammlung und Anordnung weitgehend schematisch und routinemäßig oder hat sie sich bestimmten Sachge-

setzlichkeiten zu beugen, kann sie nur schwerlich als individuelle Schöpfung angesehen werden. Ein urheberrechtlicher Schutz muss ausscheiden, und zwar für den Großteil aller Datenbanken. Abhilfe hat hier auf europäischer Ebene die Richtlinie 96/9/EG über den rechtlichen Schutz von Datenbanken vom 11. März 1996 geschaffen. Sie sieht jenseits des urheberrechtlichen Schutzes zwingend ein Ausschließlichkeitsrecht für den Hersteller solcher Datenbanken vor, deren Herstellung eine als wesentlich zu erachtende Investition erfordert hat. Damit tritt neben den urheberrechtlichen Schutz ein Schutzrecht eigener Art, dessen Anknüpfungspunkt nicht der Werkcharakter der Datenbank, sondern Art und Umfang der getätigten Investition ist.

Dieses sui-generis-Recht hat der deutsche Gesetzgeber mit den §§ 87 a ff. UrhG bereits im Jahre 1997 in nationales Recht umgesetzt. Den so geschaffenen Datenbankschutz nach deutschem Recht unterzieht der Autor nun im ersten Teil seiner Freiburger Dissertation einer umfassenden rechtlichen Untersuchung. Diese Untersuchung brächte allerdings für sich genommen wenig Neues ans Licht. Zwar öffnet sie den Zugang in das wissenschaftliche Meinungsspektrum und bietet in den zentralen Auslegungsfragen der §§ 87 a ff. UrhG überzeugende Lösungsansätze. Damit steht sie angesichts der inzwischen ergangenen Literatur zum Datenbankschutz nach deutschem Recht freilich nicht allein. Ihren spezifischen Nutzen entfaltet die ausführliche Würdigung des deutschen Rechts erst mit Blick auf den Datenbankschutz nach türkischem Recht, dem sich der Autor im zweiten Teil der Arbeit widmet. Auch die Türkei ist im Jahre 2004 ihrer Verpflichtung nachgekommen, die Datenbankrichtlinie in nationales Recht umzusetzen. Dass sie dies nur recht unvollkommen getan hat, weist der Autor nicht zuletzt auch anhand einer rechtsvergleichenden Gegenüberstellung zum deutschen Recht nach. Diese Gegenüberstellung erweist sich aus verschiedenen Gründen als äußerst sinnvoll: So verfolgen beide Länder ein zweigleisiges Schutzkonzept, das sowohl urheberrechtlichen Werkschutz für Datenbanken als auch den Investitionsschutz des sui-generis-Rechts vorsieht. Ferner orientiert sich die deutsche Umsetzung sehr streng am Wortlaut der Datenbankrichtlinie, sodass sich deren Voraussetzungen unmittelbar am deutschen Recht ablesen lassen. Ein Vergleich des türkischen Rechts mit den deutschen Schutzbestimmungen lässt damit auch Umsetzungsdefizite des türkischen Rechts in Bezug auf die Richtlinie offenbar werden. Schließlich haben sich beide Länder für ein Umsetzungskonzept entschieden, wonach die Datenbankrichtlinie in das System der bestehenden Urheberrechtsgesetze eingebettet werden sollte.

Die Prüfung des deutschen Rechts ist also nicht Selbstzweck, sondern bildet den Auftakt für eine kritische Auseinandersetzung mit der aktuellen türkischen Umsetzung. Der urheberrechtliche Schutz für Datenbanken ist nach wie vor in Art. 6 Abs. 1 Nr. 11 des Türkischen Gesetzes über Geistes- und Kunstwerke (TUG) geregelt; eine Änderung dieser Vorschrift hat man zur Umsetzung der Richtlinie nicht für nötig gehalten. Damit jedoch ist der Werkschutz für Datenbanken systematisch der Werkkategorie der Bearbeitung zugeordnet und setzt voraus, dass die Datenbank unter Benutzung eines anderen Werkes hervorgebracht worden ist. Dieser Voraussetzung freilich werden die meisten Datenbanken, deren Elemente ja selbst nicht immer Werkqualität aufweisen, nicht gerecht. Die systematische Einordnung des Datenbankwerks als Bearbeitung erachtet der Autor damit zutreffend als verfehlt. Ferner leidet die türkische Umsetzung daran, den Datenbankbegriff der Richtlinie nicht übernommen zu haben. Während die Richtlinie die Merkmale der Unabhängigkeit und der Einzelzugänglichkeit der Datenbankelemente sowie deren systematische oder methodische Anordnung als schutzbe gründend ansieht, setzt das TUG die Schutzwelle niedriger an. Mehr noch: Mit der Einfügung des sui-generis-Rechts in Zusatzart. 8 TUG tritt plötzlich neben den Datenbankbegriff des

Art. 6 Abs. 1 Nr. 11 TUG ein zweiter, verschiedener Datenbankbegriff auf. Denn das Eigentümlichkeitsmerkmal des Art. 6 Abs. 2 TUG kann ersichtlich für den Datenbankbegriff des sui generis-Rechts keine Anwendung finden, beruht letzteres doch gerade nicht auf einer individuellen geistigen Schöpfung.

Yarayan arbeitet insgesamt eine ganze Reihe solcher Umsetzungsdefizite heraus. Folgerichtig hält er den Datenschutz nach dem TUG für dringend nachbesserungsbedürftig. Spätestens im Falle einer möglichen Überarbeitung des TUG wird man wohl nicht mehr an seinem Werk vorbeikommen. Doch auch auf der Grundlage des geltenden Rechts ist dem Autor ein Werk gelungen, das in Rechtspraxis und -wissenschaft Beachtung finden wird.

Professor Dr. Georgios Gounalakis, Marburg

Philipp D. Bollacher: **Internationales Privatrecht, Urheberrecht und Internet.** Das auf länderübergreifende Sachverhalte anwendbare Recht, Peter Lang Verlag, Frankfurt a. M. 2005, 228 Seiten, ISBN 3-631-53443-4, EUR 42,50 /sFr 62,00

Trotz der auf europäischer Ebene vorgeschlagenen Festschreibung des Schutzlandprinzips für Urheberrechtsverletzungen mit Auslandsberührung im Rahmen der geplanten »Rom II«-Verordnung (Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vom 22.7.2003, KOM(2003) 427 endg.) ist die Diskussion um das interessengerechte Urheberrechtsstatut nicht abgebrochen. Insbesondere mit Blick auf Internetsachverhalte wird verstärkt die Ermittlung des anwendbaren Rechts mit Hilfe des Ursprungslandprinzips gefordert. In diese Richtung geht auch die von Bollacher vorgelegte Tübinger Dissertation, die ausweislich ihres Titels das Internationale Privatrecht und Urheberrecht mit Blick auf das Internet beleuchten will. Bollacher gliedert seine Arbeit in fünf Kapitel. Erstes und letztes Kapitel geben – jeweils knapp bemessen – eine thematische Einführung sowie einen Ausblick. Die drei Mittelkapitel behandeln »Das geltende Recht« – mithin Territorialitätsgedanken und Schutzlandprinzip (2. Kap.), dazu in der Literatur entwickelte alternative »Lösungsvorschläge« (3. Kap.) und schließlich das »Universalitäts- und Ursprungslandprinzip« als klassischen Widerpart zum Schutzlandprinzip (4. Kap.).

Im 2. Kap. werden zunächst die Rechtsquellen des Internationalen Urheberrechts dargestellt, die bekanntermaßen dürftig ausfallen. Vom Fehlen einer geschriebenen Kollisionsnorm ausgehend erläutert der Verfasser im Anschluss die h. M. in Rechtsprechung und Schrifttum, die das Territorialitätsprinzip mit dem – das allgemeine Deliktsstatut verdrängenden – Schutzlandprinzip verknüpft. Nach einem kurzen Ausflug in die materiellrechtliche Bewertung internettypischer Vorgänge wie Sampling, Caching, Browsing, etc. (S. 35 ff.) kommt der Verfasser zu dem auf Urheberrechtsverträge anwendbaren Recht, also dem Streit zwischen Einheits- und Spaltungstheorie (S. 40 ff., um an anderer Stelle (S. 78 f.) die (zutreffende) Kritik am widersprüchlichen Ergebnis der Einheitsstheorie anzubringen), und gibt schließlich einen kurzen Überblick über das Internationale Prozessrecht bei Urheberrechtsprozessen, insbesondere den Gerichtsstand der unerlaubten Handlung (S. 46 ff.). Es folgt eine ausführliche kritische Würdigung Bollachers (S. 53 – 112), dies allerdings, ohne bereits an dieser Stelle das Universalitätsprinzip und die daraus abgeleitete Kollisionsregel

des Ursprungslandprinzips als großes Gegenkonzept zum Territorialitäts- und Schutzlandprinzip zu erörtern. Die vielleicht etwas ungünstig erscheinende Hintanstellung des Ursprungslandprinzips wird »dramaturgischen« Überlegungen geschuldet sein, denn der Verfasser will sich ja erklärmaßen selbst der universellen Auffassung anschließen (S. 3). Dennoch mag sie bei mit der Materie vertrauter Leserschaft auf Irritation stoßen. Gleiches gilt für den von Bollacher ins Feld geführten Begriff der »Nebenschöpferschaft« (S. 85 ff.), der begrifflich in die Irre leitet. Sieht man von den gesetzlichen Möglichkeiten der Urhebermehrheit ab, so gibt es bei Lichte besehen bezogen auf ein und dasselbe Werk keine nebeneinander bestehende Urheberschaft. Im internationalen Kontext entsteht diese auch nicht durch kollisionsrechtliche Zuweisungen, deren Ergebnis niemals die Inhaberschaft zweier Vollurheberberechtigten am selben Werk – in ein und demselben räumlichen Zusammenhang – ist. Bollachers Kritik am Schutzlandprinzip geht zeitweilig in Richtung Urhebereinheitsrecht und verwischt die Grenzen zwischen materiellem Recht und Kollisionsrecht. Am Ende seines 2. Kap.s kommt Bollacher zu dem Ergebnis, dass das herrschende, auf dem Territorialitätsgedanken basierende Schutzlandprinzip nicht sachgerecht ist. Obwohl der Vorschlag der Kommission für eine »Rom II«-Verordnung bereits seit Juli 2003 auf dem Tisch liegt, geht Bollacher mit keinem Wort auf dessen Art. 8 Abs. 1 ein. Das verwundert doch. Denn mit der geplanten Kollisionsnorm scheinen nun alle Zeichen für die Manifestierung des Territorialitätsgrundsatzes und hieraus abgeleiteten Schutzlandprinzips als maßgebliche Kollisionsnorm für grenzüberschreitende Urheberrechtsstreitigkeiten zu sprechen (vgl. Obergefell, IPRax 2005, 9 ff.).

In der Argumentationslinie folgt im 3. Kap. die Untersuchung alternativer Lösungsansätze – darunter auch die geklärt geglaubte Frage, ob es ein Cyberlaw gibt, sowie der Idee einer Anknüpfung an ein spezielles Internetstatut (S. 113 ff.). Präsentiert werden Lösungsansätze aus dem Schrifttum, die von der h. M. (ganz oder teilweise) abweichen, wie z. B. materiellrechtliche, auf Grundlage des Territorialitätsgedankens und des Schutzlandprinzips basierende Ansätze oder aber faktische Lösungsversuche. Zutreffend lehnt der Verfasser hier beispielsweise die aus dem Internationalen Presserecht bekannte Mosaikbetrachtung als nicht praktikabel für das Urheberrecht ab. Ebenfalls nicht überzeugt zeigt sich Bollacher vom Vorschlag einer regelmäßigen Haftung des Providers oder einer gesetzlichen Lizenz im Online-Bereich. Ferner untersucht der Verfasser alternative Kollisionsnormen, wie z. B. den Vorschlag eines generellen Verzichts auf das Urheberstatut zu Gunsten der Anwendung von Delikts- und Vertragsstatut, die Anwendung des Herkunftslandprinzips oder der lex fori (S. 126 ff.). Außerdem stehen die (bisher nicht zulässige) Rechtswahl im Bereich des Urheberrechts sowie verschiedene Anknüpfungsleitern zur Debatte. Die internetspezifischen Anknüpfungsvorschläge (S. 140 ff.) reichen vom völligen Verzicht auf Regeln im Sinne eines rechtsfreien, anarchischen Raums, was allerdings heute nicht mehr ernsthaft vertreten werden dürfte, bis zum anderen Extrem eines eigenen Cyberlaws. Schließlich werden internetspezifische Kollisionsnormen diskutiert, wie das Sendelandprinzip (country of upload), das Empfangslandprinzip (Maßgeblichkeit der Abrufbarkeit) oder ein Abstellen auf das intendierte Empfangsland (Maßgeblichkeit des bestimmungsgemäßen Abrufs). Die Argumente ähneln hier denjenigen, die im Rahmen des internationalen Lauterkeitsrechts diskutiert werden (vgl. Fezer/Hausmann/Obergefell, Lauterkeitsrecht, 2005, Einleitung I Rn. 271 ff.). Bollacher